



Rathaus Umschau

Mittwoch, 8. Mai 2019

Ausgabe 087

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder per WhatsApp
unter [muenchen.de/ru-abo](https://www.muenchen.de/ru-abo)*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	4
› U-Bahn-Projekte: OB Reiter schreibt an Verkehrsminister Scheuer	4
› Informationsveranstaltung zur Planung des Tunnels Englischer Garten	4
› Baureferat saniert Wege in den Maximiliansanlagen	5
› Blaulichtfestival auf der Theresienwiese	5
› Stadtmuseum: Aktiv-Führung und Konzerte „Jugend musiziert“	6
› Bauzentrum: Infoabende zu „Lärm“ und „Gesunde Räume“	7
Antworten auf Stadtratsanfragen	9
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Mittwoch, 8. Mai, 14.30 Uhr, apoBank Filiale, Barthstraße 2

Gesundheitsreferentin Stefanie Jacobs nimmt an der Podiumsdiskussion „Nicht geimpft – wer trägt die Konsequenzen“ teil und betont die Notwendigkeit des Impfschutzes.

Darüber hinaus wird unter anderem Ruth Nowak, Amtschefin im Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, über den aktuellen Stand der Impfquoten im Freistaat berichten.

Wiederholung

Donnerstag, 9. Mai, 12 Uhr, Berufliches Schulzentrum, Deroyststraße 1

Stadträtin Gabriele Neff (Fraktion FDP – HUT) in Vertretung des Oberbürgermeisters sowie Ministerialrat Dr. Robert Geiger vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus sprechen Grußworte zum zehnjährigen Bestehen des Projekts „goMOVET – Mobility across Europe“, das europaweit den Bildungsaustausch fördert.

Wiederholung

Donnerstag, 9. Mai, 14 Uhr, Bühne Marienplatz

Oberbürgermeister Dieter Reiter eröffnet den Europa-Tag. Der Europa-Tag steht im europäischen Wahljahr unter dem Motto „Was tut Europa für mich? Finden Sie es heraus.“ Bis 20 Uhr bietet die Veranstaltung Reden, Diskussionen, Informationsstände und ein großes Kulturprogramm.

Freitag, 10. Mai, 10 Uhr, Bildungslokal Neuperlach, Peschelanger 8

Stadtschulrätin Beatrix Zurek besucht das Bildungslokal in Neuperlach für einen Elterndialog. Dort wird sie Besucherinnen und Besuchern Rede und Antwort stehen zu den Themen Schule und Kinderbetreuung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten sich für die Veranstaltung vorab anmelden.

Achtung Redaktionen: Für eine Teilnahme von Medienvertretern ist eine Akkreditierung bis morgen, Donnerstag, 9. Mai, per E-Mail an presse.rbs@muenchen.de erforderlich. Fotos stellt das Referat für Bildung und Sport nach der Veranstaltung gern zur Verfügung.

Freitag, 10. Mai, 19 Uhr, Rathausgalerie, Kunsthalle

Stadtrat Marian Offman (CSU-Fraktion) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters zur Eröffnung der Ausstellung „Eine Neurose ist eine Neurose ist eine Neurose“ von Maren Strack.

Alle Infos zur Ausstellung sind unter www.muenchen.de/rathausgalerie abrufbar.



Samstag, 11. Mai, 11 Uhr, Theresienwiese

Bürgermeister Manuel Pretzl eröffnet das Blaulichtfestival und spricht ein Grußwort. Im Anschluss an die Eröffnung wohnt er der Vorführung „24/7 für die Sicherheit unserer Stadt“ bei und nimmt danach an einem gemeinsamen Rundgang über das Festivalgelände teil. Auf dem Blaulichtfestival präsentieren sich mehr als 40 Einsatz- und Hilfsorganisationen und ihre Arbeit.

Achtung Redaktionen: Treffpunkt ist um 10.45 Uhr an der Tribüne bei BAYERN1.

(Siehe auch unter Meldungen)

Samstag, 11. Mai, 17 Uhr, Alpines Museum des Deutschen Alpenvereins, Praterinsel 5

Anlässlich der Eröffnung der großen Sonderausstellung „Die Berge und wir. 150 Jahre Deutscher Alpenverein“ spricht Bürgermeister Manuel Pretzl Grußworte.

Montag, 13. Mai, ab 19 Uhr, Verkehrsmuseum oberhalb der Bavaria

Stadträtin Verena Dietl (SPD-Fraktion) begrüßt in Vertretung des Oberbürgermeisters die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Blade Night. Sie wird auch um 21 Uhr den Startschuss geben.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 15. Mai, 19 Uhr, MVHS Einstein 28, Einsteinstraße 28 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 5 (Au-Haidhausen).

Mittwoch, 15. Mai, 17.30 bis 19 Uhr, BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (rollstuhlgerecht)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing-Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Meldungen

U-Bahn-Projekte: OB Reiter schreibt an Verkehrsminister Scheuer

(8.5.2019 – teilweise voraus) Mit einem Schreiben an Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer bittet Oberbürgermeister Dieter Reiter um eine schriftliche Bestätigung und Konkretisierung der über die Presse angekündigten Bereitschaft des Ministers, Münchner U-Bahn-Projekte zu fördern und die Kriterien der Standardisierten Bewertung für Nahverkehrsprojekte zu ändern.

Das Schreiben hat folgenden Wortlaut: „Ich komme zurück auf das Gespräch, das ich am 2.4.2019 sowohl mit Vertretern des Bundesverkehrs- als auch des Bundesfinanzministeriums zur Frage der künftigen Förderung von U-Bahn-Projekten führen durfte. Auch Herr Bundesfinanzminister Scholz nahm daran teil, weshalb ich ihm einen Abdruck dieses Schreibens zukommen lasse. Sie selbst hatten Ihre Teilnahme leider kurzfristig abgesagt. Wir waren so verblieben, dass ich aus Ihrem Hause innerhalb von vier Wochen eine schriftliche Aussage zur Förderfähigkeit der geplanten Entlastungsstrecke U9 sowie zur generellen Anpassung der Bewertungssystematik für Vorhaben des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Ballungsräumen erhalte.

Die heute über die Presse angekündigte Bereitschaft sowohl zur Förderung der U-Bahn-Projekte „Entlastungsstrecke U9“ und „Verlängerung U5“ als auch zur Änderung der Kriterien der Standardisierten Bewertung begrüße ich ausdrücklich. Im Hinblick darauf, dass der Münchner Stadtrat noch vor der Sommerpause entsprechende Beschlüsse zum Bau der U9 fassen muss, darf ich jedoch dringend um die zugesagte, schriftliche Bestätigung bitten. In Bezug auf den in Aussicht gestellten Förderbetrag bitte ich zudem um eine genauere Spezifizierung.

In Anbetracht der Bedeutung, die dem Ausbau der Infrastruktur für den Öffentlichen Nahverkehr in München zukommt, wäre ich Ihnen für eine möglichst kurzfristige Rückmeldung dankbar.“

Informationsveranstaltung zur Planung des Tunnels Englischer Garten

(8.5.2019) Das Baureferat informiert am Samstag, 11. Mai, über den geplanten Tunnel unter dem Englischen Garten. Von 15 bis 18 Uhr besteht für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich am Infopavillon am Seehaus (Kleinhesselohe 3) über das Projekt zu informieren und mit Vertretern der Stadtverwaltung zu sprechen.

Die Veranstaltung findet im Rahmen des bundesweiten Tags der Städtebauförderung statt. Aufgrund der Bedeutung des Projekts werden die Planungen für den Tunnel im Rahmen des Bundesprogramms „Nationale

Projekte des Städtebaus“ vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat finanziell gefördert.

Um die Trennung des Englischen Gartens durch die Autostraße aufzuheben, soll der Isarring vom südlichen Portal des Biedersteiner Tunnels bis zur Brücke über den Eisbach auf einer Länge von zirka einem Kilometer tiefer gelegt werden. Knapp 400 Meter davon werden in einem Tunnel verlaufen. Der Stadtrat hat am 28. Juni 2017 die Verwaltung mit den Planungen dazu beauftragt. Das Baureferat wurde beauftragt, in Absprache mit den fachlich betroffenen Referaten und der Münchner Stadtentwässerung die Vor-, Entwurfs- und Genehmigungsplanung sowie das Planfeststellungsverfahren für die Tunnelbaumaßnahme durchzuführen. In Abstimmung mit allen beteiligten Behörden der Stadt und im Einvernehmen mit der Bayerischen Verwaltung der Staatlichen Schlösser, Gärten und Seen soll zudem ein abgestimmtes Konzept für die Parkgestaltung sowie die Fuß- und Radwegführung an der Tunneloberfläche und eine Empfehlung zur zukünftigen Lage und Dimensionierung des Seehausparkplatzes erarbeitet werden. Sobald kosten- und planungsrelevante Ergebnisse aus dem Planfeststellungsverfahren vorliegen, wird das Baureferat das Projekt dem Stadtrat zur Genehmigung vorlegen. Derzeit wird davon ausgegangen, dass die Bauarbeiten im Jahr 2023 beginnen können.

Baureferat saniert Wege in den Maximiliansanlagen

(8.5.2019) Das Baureferat saniert Fuß- und Radwege in den Maximiliansanlagen. Die betroffenen Wege liegen im Bereich Gasteig, oberhalb des Muffatwerks und im Bereich Grütznerstraße. Die Arbeiten erfolgen in Abschnitten, Ausweichrouten ergeben sich durch die vorhandenen parallelen Wege in den Grünanlagen. Die Maßnahme wird bis voraussichtlich Anfang Juni durchgeführt.

Blaulichtfestival auf der Theresienwiese

(8.5.2019) Auf der Münchner Theresienwiese findet am Samstag, 11. Mai, von 10 bis 17 Uhr – direkt neben dem Frühlingsfest – das Blaulichtfestival aller Münchner Hilfs- und Einsatzorganisationen statt. Dort können sich die Besucher einen Einblick in alle Blaulicht- und Hilfsorganisationen verschaffen mit folgenden Themenbereichen: Aufgaben, Ausrüstung, Vorführungen, Mitmach-Programme wie Rettungshunde zum Anfassen, Fahrzeuge zum Einsteigen und Tipps zum Nachmachen.

Zudem gibt es Informationen zum ehrenamtlichen Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr sowie bei Einsatz-/Hilfsorganisationen und Helfernetzwerken. Wer kann mitmachen? Wieviel Zeit muss man mitbringen? Was heißt ehrenamtliches Engagement? Diese und ähnliche Fragen können vor Ort am Stand der jeweiligen Organisation geklärt werden.

Ebenso gibt es Informationen zu Beruf und Karriere in Einsatz- und Hilfsorganisation, Feuerwehr und Sicherheitsbehörden. Gerne geben die Mitarbeiter einen Einblick in die Voraussetzungen und die Tätigkeiten in ihren Institutionen.

Darüber hinaus werden noch Sicherheitstipps und Präventionsempfehlungen von Experten aus den Bereichen Verkehr und Unfallverhütung, Gesundheit/Medizin, Feuerwehr, Polizei, Notfallvorsorge angeboten.

Eine zusätzliche Besonderheit wird die Ausstellung von 120 historischen Einsatzfahrzeugen unterhalb der Bavaria sein. Zum Beispiel ein kompletter Sanitätszug des Bayerischen Roten Kreuzes von 1960 bis 1970 oder das letzte noch vorhandene Exemplar eines Tragkraftspritzenfahrzeuges von Opel aus dem Jahr 1928 mit einer abnehmbaren Feuerlöschpumpe werden zu besichtigen sein.

Wer schon immer mal einen Hubschrauber von innen anschauen wollte, der hat auf dem Blaulichtfestival die Gelegenheit dazu. Einsatz- beziehungsweise Rettungshubschrauber sowie Spezialequipment zum Lasten- und Löschmitteltransport werden auf dem Gelände zur Besichtigung abgestellt. Die Hubschrauber müssen allerdings bei einem echten Einsatz tatsächlich in die Luft.

Für Kinder und Jugendliche gibt es die Feuerwehr-Erlebniswelt mit unterschiedlichen Stationen wie Feuerlöschwand, Kinder-Hüpfburg, Feuerwehr-Live-Erlebnis und beispielsweise Vorführung von Hebekissen sowie dem Einsatz einer Wärmebildkamera.

Weitere Informationen bei Katharina Horn von der Freiwilligen Feuerwehr München, Telefon 0172 6 95 63 29, auf dem Festival am Stand der Festival-Leitung. Alle Infos und Programm der Aktionsfläche sind online unter www.blaulichtfestival.de abrufbar. Fotos zur Ankündigung können unter <https://kurzelinks.de/58xf> runtergeladen werden.

(Siehe auch unter Terminhinweise)

Stadtmuseum: Aktiv-Führung und Konzerte „Jugend musiziert“

(8.5.2019) Das Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, lädt am kommenden Wochenende zu folgenden Veranstaltungen ein:

- Eine Aktiv-Führung für Familien mit Ines Aufgebauer zum Thema „Jugendstil skurril-bizarrr-fantastisch“ findet am Samstag, 11. Mai, von 15 bis 16.30 Uhr statt. Dabei geht es auf einem spielerischen Parcours durch die Welt des Carl Strathmann. Gemeinsam entdecken die Besucher bizarre Landschaften, skurrile Wesen und märchenhafte Geschichten in den Bildern des Münchner Malers. Dabei werden sie auch selbst aktiv und tauchen in ihre eigenen Träume und Vorstellungen ein. Für Kinder ab sieben Jahren mit mindestens einer erwachsenen Begleitperson geeignet. Das Tagesticket kostet 7 Euro, ermäßigt 3,50 Euro, Kinder und

Jugendliche unter 18 Jahren haben freien Eintritt. Die Führung kostet 3 Euro. Eine Anmeldung wird erbeten per E-Mail an fuehrung.stadtmuseum@muenchen.de oder telefonisch unter 233-27979, Restkarten sind vor Ort erhältlich.

- Zwei Landespreisträgerkonzerte „Jugend musiziert“ finden am Sonntag, 12. Mai, um 11 und um 15 Uhr statt. Es treten jugendliche Musikerinnen und Musiker auf, die sich beim Landeswettbewerb „Jugend musiziert“ einen ersten Preis erspielen konnten. Die Nachwuchstalente werden Teile ihrer Programme aus den Wertungen Streicher, Gesang (Pop), Akkordeon und Schlagzeug und die Duowertungen Klavier und ein Blasinstrument, Zupf-, Vokal- und Harfenensemble, bis zur Sonderwertung „Alte Musik“ präsentieren. Eine Kooperation mit dem Landesausschuss Bayern „Jugend musiziert“ e.V. Das Konzertticket kostet 4 Euro, ermäßigt 2 Euro, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren haben freien Eintritt.

Bauzentrum: Infoabende zu „Lärm“ und „Gesunde Räume“

(8.5.2019) Das Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10, lädt zu folgenden Veranstaltungen ein:

- Am Donnerstag, 9. Mai, 18 Uhr, dreht sich alles um den „22. Internationalen Tag gegen Lärm“. Im ersten Vortrag (18 bis 19 Uhr) des Abends geht es um das Thema „Die Leitung rauscht, der Ventilator brummt – wo sind die technischen Grenzen?“
Täglich ist man vielen Geräuschquellen ausgesetzt, die Belastung ist oft enorm. Schallschutz in der Wohnung ist deshalb wichtig – das merkt man spätestens dann, wenn es keinen oder kaum welchen gibt. Wer in einer Wohnung lebt, die kaum die Mindestanforderungen beim Schallschutz erfüllt, nimmt ungewollt am Alltag seiner Nachbarschaft teil, zum Beispiel wenn jemand duscht oder die Toilettenspülung betätigt und es ist deutlich zu hören, wie das Wasser durch die Abflussrohre rauscht. Haustechnische Geräuschquellen sind außerordentlich vielfältig. Sie reichen von Kessel- und Brenngeräuschen über die Geräusche von Regelventilen, Pumpen, Ventilatoren, etc. bis hin zu Trinkwasserleitungen und Abwasserrohren. Die Haustechnik kann und muss ihren Beitrag zum Schallschutz leisten, allerdings setzt das eine sehr sorgfältige Planung und eine entsprechende Ausführung voraus. Klaus Rüttiger, Referent für Technik beim Fachverband Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik Bayern erläutert in seinem Vortrag die physikalischen Grundlagen des Schalls, geht auf die einschlägigen Regelwerke ein und gibt praktische Tipps in Sachen Schallschutz bei der Haustechnik.
Der zweite Vortrag (19 bis 20 Uhr) behandelt das Thema „Lärm als Nummer Eins der Nachbarschaftskonflikte“. Lärm ist die häufigste Ursache

für Streitigkeiten in der Nachbarschaft. Da Geräusche individuell sehr unterschiedlich empfunden werden, sind Auseinandersetzungen kaum vor Gericht zu lösen. Besonders im multikulturellen, von Unterschieden und großer Nähe geprägten Zusammenleben in der Großstadt ist dieses Thema besonders aktuell. Die Rechtsanwältin Juliana Helmstreit zeigt an Fällen aus ihrer Praxis als Schlichterin und Mediatorin Möglichkeiten für ein entspanntes und ruhiges Miteinander.

- Am Montag, 13. Mai, um 18 Uhr findet der Infoabend „Gesunde Räume bauen mit der Baubiologie – ein Leitfaden“ statt. Immer mehr Bauherinnen und -herren wollen umweltbewusst planen, bauen und sanieren. Gerade im Bereich des nachhaltigen Bauens gibt es jedoch noch große Unsicherheiten und einen entsprechenden Informationsbedarf – sowohl bei Fachplanerinnen und Fachplanern als auch bei Bauherinnen und Bauherren. Welche Qualitätsstandards gibt es, welche Bauweisen, Baustoffe und Inneneinrichtungen eignen sich, damit ein Arbeits- und Wohnumfeld entstehen kann, das nicht nur umweltbewusster und gesünder, sondern auch schöner und wertiger ist? Welche Datenbanken bietet die Industrie zur Auswahl von Baustoffen und Materialien? Wie aussagekräftig sind Öko-Labels? Sind Produkte ohne Auszeichnung zwangsläufig schlechter zu bewerten? Worauf kommt es in der praktischen Planung und Umsetzung wirklich an? Der Vortrag der Baubiologin Pamela Jentner bietet einen Überblick zu den wesentlichen Kriterien. Der Eintritt für alle Veranstaltungen ist frei. Weitere Informationen *unter* www.muenchen.de/bauzentrum, per E-Mail an bauzentrum.rgu@muenchen.de oder telefonisch unter 54 63 66 -0.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 8. Mai 2019

Stromanschlüsse zum Betrieb von LKW-Kühlaggregaten an der Großmarkthalle

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sabine Krieger und Dr. Florian Roth (Fraktion Die Grünen – rosa liste) vom 7.3.2018

Information und Beratung für Menschen mit Pflegebedarf und Angehörige pflegebedürftiger Menschen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Simone Burger, Verena Dietl, Anne Hübner, Christian Müller und Dr. Constanze Söllner-Schaar (SPD-Fraktion) vom 11.12.2018

Stromanschlüsse zum Betrieb von LKW-Kühlaggregaten an der Großmarkthalle

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sabine Krieger und Dr. Florian Roth (Fraktion Die Grünen – rosa liste) vom 7.3.2018

Antwort Kommunalreferentin Kristina Frank:

Mit Ihrem oben genannten Antrag fordern Sie das Kommunalreferat, Markthallen München (MHM), auf „*an der Großmarkthalle umgehend ein ausreichendes Angebot an Stromanschlüssen zum Betrieb der Kühlaggregate der dort parkenden LKW zu schaffen. Die Bereitstellung von Stromanschlüssen zu oben beschriebenem Zweck wird in die Ausschreibung für den Neubau und Betrieb der Großmarkthalle aufgenommen.*“

Als Begründung führen Sie an, dass die Kühlung der von den LKW angelieferten Waren durch stundenlang laufende Dieselaggregate erfolgt und dies vor dem Hintergrund der Anstrengungen um die Einhaltung von Stickoxid-Grenzwerten nicht mehr zu verantworten ist.

Die Unklarheit der Zukunftsperspektive der MHM beziehungsweise der Großmarkthalle und der damit verbundenen Strategien war im Wesentlichen der Grund für die Nichteinhaltung der Geschäftsordnungsfrist zur Beantwortung des Antrags vom 7.3.2018. Auch musste erst geklärt werden, ob und wo im Bereich der Großmarkthalle es überhaupt noch möglich ist, zusätzlichen Stromverbrauch zu realisieren ohne das Gesamtnetz im Großmarktbereich zu überlasten. Fristverlängerungen wurden rechtzeitig beantragt, zuletzt mit Schreiben vom 2.4.2019.

Nach Paragraph 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch ein „laufendes“ Geschäft, dessen Besorgung nach Artikel 88 Abs. 3 Satz 1 GO i.V.m. der Betriebssatzung der MHM der Werkleitung obliegt, weshalb eine Behandlung auf diesem Wege erfolgt.

Selbstverständlich sind den MHM die Luftreinhaltung und der Umweltschutz in München ein großes Anliegen. Derzeit stehen noch keine Stromanschlusssäulen für die Kühlaggregate der LKW zur Verfügung. Um die vom Großmarktgelände ausgehenden Lärm- und Abgasemissionen weiter zu minimieren, haben die MHM bereits in einem ersten Schritt im Bereich der Hallen 10 und 23 damit begonnen, jeweils mehrere Stromanschlusspunkte für LKW-Kühlaggregate schaffen. Die Arbeiten werden voraussicht-



lich im Mai 2019 beendet sein, sodass diese Stromversorgung für den Sommer voraussichtlich bereits einsatzbereit ist.
Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten.
Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Information und Beratung für Menschen mit Pflegebedarf und Angehörige pflegebedürftiger Menschen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Simone Burger, Verena Dietl, Anne Hübner, Christian Müller und Dr. Constanze Söllner-Schaar (SPD-Fraktion) vom 11.12.2018

Antwort Sozialreferentin Dorothee Schiwy:

Nach Paragraph 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.

Sie beantragen, dass das Sozialreferat gemeinsam mit den Krankenkassen und dem Bezirk Oberbayern alle Informationen zu Versorgungsangeboten und Unterstützungsmöglichkeiten für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige vereinheitlichen soll, um damit Seniorinnen und Senioren sowie ihren Angehörigen einen noch besseren Überblick als heute zu ermöglichen. Dabei soll auf alle ambulanten, teilstationären und vollstationären Pflegeangebote, das Antragsprozedere bei Pflegekassen und Sozialhilfeträgern und begleitende Unterstützungsangebote eingegangen werden. Die städtisch bezuschussten Beratungsstellen für ältere Menschen und Angehörige sollen die wesentliche Grundstruktur der künftigen Beratungsmöglichkeiten bilden. Darüber hinaus soll zudem der städtische Internetauftritt auf www.muenchen.de um diese Informationen ergänzt werden, um die Suche nach entsprechenden Angeboten zu erleichtern.

Ihr Antrag bezieht sich damit auf Bereiche, die zum laufenden Zuschussbereich des Sozialreferates gehören. Dies trifft insbesondere auf die erwähnten Beratungsstellen sowie die von Ihrem Anliegen unmittelbar tangierte Münchner Pflegebörse, die ebenfalls durch das Sozialreferat bezuschusst wird, zu.

Der Inhalt des Antrages betrifft deshalb eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Artikel 37 Abs. 1 GO und Paragraph 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 11.12.2018 teile ich Ihnen aber Folgendes mit:

Bestehendes Angebot der Information und Beratung

In München besteht grundsätzlich und gewollt ein äußerst vielfältiges Angebot verschiedener Anlauf- und Beratungsstellen für ältere Menschen sowie für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Zu nennen sind hier insbesondere die vom Sozialreferat bezuschussten Beratungsstellen für ältere

Menschen und Angehörige, die erst kürzlich im Rahmen des Gesamtkonzepts Münchner Altenhilfe konzeptionell weiterentwickelt wurden. Hinzu kommen die „Fachstellen häusliche Versorgung (FhV)“ in den Sozialbürgerhäusern und die zum Teil durch das Sozialreferat kofinanzierten Fachstellen für pflegende Angehörige. Darüber hinaus wird auch in den derzeit 32 Alten- und Service-Zentren in München regelmäßig Beratung rund um das Thema „Alter und Pflege“ angeboten. Dieses vielfältige Angebot mit allen Adressen der verschiedenen Stellen und allen wichtigen Informationen und nützlichen Links (unter anderem auch zum Bezirk Oberbayern) ist auf folgenden Internetseiten zu finden:

- <http://www.muenchen.de/beratung-aeltere-menschen>
- <http://www.muenchen.de/pflege-angehoeriger>.

Die zentrale Informationsplattform im Internet zum Thema Pflege und Versorgungsmöglichkeiten in der Stadt sowie im Landkreis München bildet jedoch die gemeinsam von der Landeshauptstadt und dem Landkreis München finanzierte „Münchner Pflegebörse“ (www.muenchnerpflegeboerse.de).

- Die Münchner Pflegebörse bietet in ihrem Online-Angebot insbesondere
- die Adressen und Kontaktdaten aller öffentlich finanzierten Beratungsangebote zum Thema Alter und Pflege in München und im Landkreis,
 - eine Übersicht über die wichtigsten Wohnformen im Alter,
 - verschiedene Informationen zur Pflegeversicherung und zu den wesentlichen Leistungsbereichen (ambulante, teilstationäre, vollstationäre und gerontopsychiatrische Pflege),
 - tagesaktuelle Informationen über freie Pflegeplätze (nach Leistungsbereich und regionalen Kriterien) und eine regionalisierte Übersicht über alle zugelassenen Pflegedienste in München und im Landkreis,
 - weiterführende Informationen zum Thema „Demenz“, zur Versorgung schwerstkranker Menschen und von Menschen in der Sterbephase sowie
 - Kontaktdaten und zum Teil Verlinkungen zu bestehenden regionalen Pflegebörsen (wie z.B. in Sendling oder in Giesing-Harlaching).

Damit bildet die Münchner Pflegebörse nach Ansicht des Sozialreferats die ideale Basis für die in Ihrem Antrag geforderte Sammlung aller relevanten Informationen rund um die pflegerische Versorgung in München.

Es ist jedoch zutreffend, dass es – wie Sie in Ihrem Antrag aufgeführt haben – im Bereich der Versorgung von Pflegebedürftigen neben den

kommunalen bzw. kommunal finanzierten Strukturen noch zwei weitere wesentliche Akteure gibt, die hierbei noch mehr Berücksichtigung finden sollten: die Krankenkassen¹ mit den angegliederten Pflegekassen und der Träger der Hilfe zur Pflege, der Bezirk Oberbayern. Solche Überlegungen führen damit unmittelbar zur Diskussion über eine mögliche Einrichtung von sog. „Pflegestützpunkten (PSP)“ in München.

In PSP soll das gesamte Leistungsspektrum der Beratung für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen an einem Ort koordiniert werden. PSP sollen bei der Vorbereitung und Organisation rund um die Pflege Unterstützung bieten. Sie sollen zudem eine effiziente Vernetzung aller Angebote für Pflegebedürftige vor Ort sowie in der Region ermöglichen und sollen darüber hinaus helfen, Grenzen zwischen den jeweils zuständigen Sozialleistungsträgern zu überwinden.

Gemeinsame Träger von PSP sollen daher die Kranken- und Pflegekassen (als Träger der Pflegeberatung nach Paragraph 7a SGB XI), die Bezirke (als Träger der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe nach SGB XII) und die Kreise bzw. kreisfreien Städte (als Träger der Altenhilfe nach Paragraph 71 SGB XII) sein. Darüber hinaus ist die Einbindung weiterer Träger der Beratung von alten, pflegebedürftigen Menschen und Menschen mit Behinderungen (wie insbesondere der entsprechenden wohlfahrtsverbandlichen Einrichtungen) grundsätzlich möglich.

Die rechtliche Möglichkeit zur Einrichtung von PSP wurde bereits mit der Reform der Pflegeversicherung im Jahr 2008 (im sog. „Pflegeweiterentwicklungsgesetz – PWG“) geschaffen. In Bayern besteht die Grundlage zur Errichtung von PSP durch die Kranken- und Pflegekassen auf der Basis einer Allgemeinverfügung des Freistaates Bayern (vom 22.10.2009). Darauf aufbauend haben die Kranken- und Pflegekassen in Bayern mit den kommunalen Spitzenverbänden einen Rahmenvertrag zur gemeinsamen Umsetzung von Pflegestützpunkten geschlossen.

Aktueller Stand der Diskussion in Bayern

Statt der angestrebten ca. 60 Pflegestützpunkte wurden in Bayern, aufgrund erheblicher fachlicher Kritik an den rechtlichen Grundlagen sowie wegen organisatorischer und technischer Hürden bei der Umsetzung, lediglich neun PSP realisiert.

Auch weil es aus Sicht vieler Kommunen erheblichen Verbesserungsbedarf am Konzept der PSP gibt, wurde der oben genannte Rahmenvertrag durch die kommunalen Spitzenverbände inzwischen gekündigt. Die kommunalen Spitzenverbände in Bayern führen daher derzeit Verhandlungen mit den Landesverbänden der Kranken- und Pflegekassen über einen neuen Rah-

menvertrag. Die Aussichten auf ein substanzielles Entgegenkommen der Kassen bezüglich der Anliegen der kommunalen Vertreterinnen und Vertreter sind derzeit noch unklar. Die entsprechenden Verhandlungen waren zum Zeitpunkt der Beantwortung Ihres Antrages noch nicht abgeschlossen.

Das neue Pflegestärkungsgesetz III (PSG III) räumt den Kommunen (in Bayern den Kreisen, den kreisfreien Städten und den Bayerischen Bezirken) zudem bis Ende 2021 ein sog. „Initiativrecht“ zur Einrichtung von PSP ein. Grundsätzlich müsste die kommunale Initiative zur Errichtung eines Pflegestützpunktes in München gemeinsam vom Bezirk Oberbayern (als zuständigem Sozialhilfeträger für die Hilfe zur Pflege) und von der Landeshauptstadt München ausgehen. Die Anwendung dieses Initiativrechts durch die Kommunen setzt jedoch eine landesrechtliche Regelung voraus, die in Bayern noch nicht vorliegt. Nach Informationen des Bezirks Oberbayern ist für diesen Schritt eine Änderung des bayerischen Ausführungsgesetzes für die Sozialgesetze (AGSG) notwendig.

Der Bayerische Bezirketag hat im Jahr 2018 angekündigt, Pflegestützpunkte in Bayern grundsätzlich ausbauen zu wollen. Das Hauptanliegen des Bezirks Oberbayern ist es, dadurch seine Präsenz mit eigenen Beratungsangeboten in der Fläche für die Bürgerinnen und Bürger in ganz Oberbayern zu erhöhen.

Das Amt für Soziale Sicherung steht derzeit wegen der (inzwischen erfolgreich abgeschlossenen) Übergabe der ambulanten Hilfe zur Pflege bereits in einem kontinuierlichen Austausch mit dem Bezirk und tauscht sich auch zur Thematik der PSP gemeinsam fachlich mit diesem aus. In diesem Zusammenhang wurde vom Bezirk Oberbayern bereits angedeutet, dass die LH München aufgrund der gut ausgebauten Beratungs-Infrastruktur der Altenhilfe und des Standorts der Bezirksverwaltung in der LH München derzeit nicht vorrangig einen Pflegestützpunkt benötigt.

Bestehende Beschlusslage zum Thema Pflegestützpunkte

Das Sozialreferat hat kurz nach der Einführung der Pflegestützpunkte im Jahr 2009 eine Vorlage zu dieser Thematik in den Sozialausschuss eingebracht (Vorlage Nr. 08 -14/V 02710 – „Neue Pflegestützpunkte der Krankenkassen und vorhandene kommunale Beratungsstrukturen – Doppelstrukturen vermeiden“ – Sozialausschuss vom 22.9.2009), in der auf die erheblichen Hemmnisse und Probleme bei der Umsetzung solcher Einrichtungen in München hingewiesen wurde.

Da in in der LH München im Unterschied zu vielen anderen Kreisen und Städten bereits eine sehr differenzierte Infrastruktur im Bereich der Beratung und Information von alten und pflegebedürftigen Menschen besteht (s.o.), hat sich der Sozialausschuss seinerzeit bewusst gegen eine Umsetzung von Pflegestützpunkten in München ausgesprochen. Doppelstrukturen müssen auch künftig auf jeden Fall vermieden werden – gerade hinsichtlich des im Rahmen des Gesamtkonzepts Münchner Altenhilfe noch weiter ausgebauten, sehr vielfältigen Beratungsangebots in der LH München für ältere Menschen, Menschen mit Pflegebedarf und ihre Bezugspersonen.

Das Sozialreferat empfiehlt daher, die aktuellen Entwicklungen bezüglich der Pflegestützpunkte in Bayern noch abzuwarten und weiter zu beobachten. Gerade bezüglich der schwierigen Verhandlungen mit den Kassen sollten erst Erfahrungswerte aus anderen Kommunen analysiert werden. Derzeit liegen weder die angekündigten rechtlichen Grundlagen noch ein ausreichender fachlicher Konsens zwischen den beteiligten Organisationen vor, um ein solches Projekt mit erheblichen strukturellen und finanziellen Folgewirkungen seriös planen und umsetzen zu können. Aktuell betrachtet das Sozialreferat die Errichtung eines Pflegestützpunkts unter den derzeitigen, dargestellten Rahmenbedingungen und in Anbetracht der sehr vielfältigen, erst ausgebauten Münchner Beratungsstruktur in München daher äußerst kritisch.

Aufnahme von Informationen der Kassen und des Bezirks Oberbayern – Weiterentwicklung der Münchner Pflegebörse

Das Anliegen Ihres Antrages (die Bündelung aller relevanten Informationen zum Thema Pflege – und damit auch die der Kassen und des überörtlichen Sozialhilfeträgers) – ist allerdings auch ein Anliegen des Sozialreferats. Gemeinsam mit dem Trägerverein für regionale soziale Arbeit e.V und dem Landkreis München wird derzeit bereits die Münchner Pflegebörse weiterentwickelt. Die Internetplattform soll (sowohl inhaltlich wie auch in sprachlicher Hinsicht) noch nutzungsfreundlicher und zielgruppenorientierter werden. Es wird daher aktuell ein Konzept für eine gemeinsame Internetseite für die Pflegebörse und die neu aufzubauende Hauswirtschaftsbörse erarbeitet, die künftig auch für den Abruf durch mobile Endgeräte geeignet sein wird. Im Konzept sind die aufgezeigten komplexen Strukturen der Kassen und der Anbieter zu berücksichtigen. Insbesondere im hauswirtschaftlichen Bereich besteht eine Unübersichtlichkeit und eine sehr breit gefächerte Angebots- und Preisstruktur. Auch die Leistungen der Pflegeversicherung wurden mit den im Laufe der Jahre erfolgten Gesetzesreformen immer weiter differenziert und sind daher für Pflegebedürft-

tige und Angehörige häufig nicht selbsterklärend. Die Pflegebörse und die neu hinzukommende Hauswirtschaftsbörse sollen daher Orientierung und Erstinformationen in der bestehenden Angebotsvielfalt geben. Der Start des neuen Auftritts ist derzeit für Ende 2019 vorgesehen.

Häufig ist über die Sammlung von Informationen im Internet hinaus jedoch zusätzlich noch eine weitergehende Beratung zu Detailfragen sowie zur individuellen Entscheidungsfindung erforderlich. Diese wird in München von den bereits benannten Einrichtungen (Beratungsstellen etc.) erbracht. Eine vollständige Vereinheitlichung der Informationen zu Versorgungsangeboten und Unterstützungsmöglichkeiten für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige ist allerdings leider nicht möglich, da das Sozialreferat weder die Öffentlichkeitsarbeit der 54 geöffneten gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen in Bayern, den über 40 privaten Krankenkassen noch die des Bezirks Oberbayern inhaltlich beeinflussen kann.

Das Sozialreferat aktualisiert darüber hinaus jedoch die Inhalte der eingangs benannten stadteigenen Internetseiten regelmäßig und nimmt Verbesserungsvorschläge auf. So wurde inzwischen bereits ein entsprechender Link zum Bezirk Oberbayern und den wichtigen Broschüren des Bezirks Oberbayern zum Thema Pflege (<https://www.bezirk-oberbayern.de/Soziales/Menschen-mit-Pflegebedarf>) eingefügt.

Mit den dargestellten Maßnahmen soll dem berechtigten Anliegen, die komplexen Informationen und Beratungszugänge zu den verschiedenen Hilfen im Alter und bei Pflegebedürftigkeit in München möglichst kompakt und übersichtlich zur Verfügung zu stellen, künftig noch besser entsprochen werden.

Ich hoffe, damit hinreichend auf Ihr Anliegen eingegangen zu sein. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

¹Es gibt derzeit in Bayern 54 geöffnete gesetzliche Kranken-Pflegekassen, die in fünf unterschiedlichen Kassenarten gegliedert sind. 16 Kranken-Pflegekassen haben Geschäftsstellen in München. Darüber hinaus gibt es über 40 private Krankenkassen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Mittwoch, 8. Mai 2019

Terminvergabe im KVR

Anfrage Stadträtinnen Sabine Bär und Alexandra Gaßmann (CSU-Fraktion)

Warum ist die beantragte humanitäre Unterstützung für den Wiederaufbau von Kobane oder anderer nordsyrischer Projekte noch nicht realisiert?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Jutta Koller, Dominik Krause, Angelika Pilz-Strasser, Oswald Utz (Fraktion Die Grünen – rosa liste), Cetin Oraner, Brigitte Wolf (Die Linke) und Sonja Haider (ÖDP)

München ruft den Klimanotstand aus

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch, Jutta Koller, Dominik Krause, Sabine Krieger, Sabine Nallinger, Thomas Niederbühl, Angelika Pilz-Strasser, Dr. Florian Roth, Oswald Utz, Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – rosa liste) und Cetin Oraner, Brigitte Wolf (Die Linke)

Verdoppelung der Münchenezulage – Höhere Einkommensstufen gerecht anpassen!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Katrin Habenschaden, Jutta Koller, Oswald Utz und Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – rosa liste)

Schulsozialarbeit für alle Pflegeschulen in München – jetzt!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl, Mario Schmidbauer und Andre Wächter (Fraktion Bayernpartei)

Digitalisierung der Anwohner-Parklizenzierung

Antrag Stadtrats-Mitglieder Professor Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilinhofer (Fraktion FDP – HUT)

Muslimische Bestattungen auf Münchner Friedhöfen

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Sabine Bär
Stadträtin Alexandra Gaßmann

ANFRAGE

08.05.2019

Terminvergabe im KVR

Wer einen Termin im Bürgerbüro des Kreisverwaltungsreferates benötigt, wartet derzeit mehr als drei Monate. Seit Einführung der Terminvergabe haben sich unzählige Bürgerinnen und Bürger über die langen Wartezeiten oder darüber, dass man sich teilweise gar nicht innerhalb des online gestellten Zeitraumes einen Termin aussuchen kann, beschwert

Daher fragen wir den Oberbürgermeister:

1. Wie stellt sich die Terminvergabesituation derzeit in den Bürgerbüros dar?
2. Wie viele Stellen wurden seit Beginn der Amtszeit im Jahre 2014 im Bürgerbüro neu geschaffen?
3. Wie viele dieser und alter unbesetzter Stellen konnten besetzt werden und wie viele sind derzeit nicht besetzt?
4. Ist die Bearbeitungszeit pro Kunde im Verhältnis zu vorher beschleunigt geworden? Gibt es messbare Zahlen, ob heute mehr oder weniger Bürgeranliegen bearbeitet werden?
5. Wie sind die Bearbeitungs- und Wartezeiten in anderen bayerischen Kommunen? Wie ist diesbezüglich das Verhältnis von Stellen zur Fallzahl?
6. Welche organisatorischen und verfahrenstechnischen Maßnahmen wurden ergriffen, um die Prozesse in den Bürgerbüros zu beschleunigen? Wurden ggf. referatsintern personelle Schwerpunkte verlagert?
7. Gibt es eine Möglichkeit, den Zeitraum der Online-Terminvergabe auf mehrere Monate zu verlängern, damit Bürgerinnen und Bürger, welche sich sehr frühzeitig um einen Termin bemühen wollen, eine Chance haben?

Initiative:
Sabine Bär
Stadträtin

Alexandra Gaßmann
Stadträtin



Herrn Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

Marienplatz 8
80331 München

München, 08. Mai 2019

Anfrage

Warum ist die beantragte humanitäre Unterstützung für den Wiederaufbau von Kobane oder anderer nordsyrischer Projekte noch nicht realisiert?

Bereits am 29. Mai 2015 hatten ÖDP, DIE LINKE und Grüne – rosa liste in einem gemeinsamen Antrag vorgeschlagen, dass die Stadt den Wiederaufbau der Gesundheitsversorgung in Stadt und Region Kobane unterstützt. Und zwar durch eine vom Oberbürgermeister zu initiiierende Spendensammlung, deren Ergebnis dann von der Landeshauptstadt aufgestockt wird. Diese Gelder sollten über die renommierte international tätige Hilfsorganisation „medico international“ in geeigneter Weise transferiert werden. Von der Verwaltung wurde seinerzeit nach sehr wohlwollender Prüfung die Auskunft gegeben, dass alle Wege für Spenden nach Nordsyrien nicht gangbar wären.

Nun wird bereits seit geraumer Zeit durch medico international bestätigt, dass zahlreiche Projekte in Nordsyrien erfolgreich unterstützt werden. Dies wird im Jahresbericht für 2018 ausführlich dokumentiert. Im Januar 2019 wurde im medico-Newsletter ausdrücklich auf die Spendenkampagne „Sanierung und Ausbau eines Krankenhauses in Rojava“ im kurdischen Kanton Cizire in Nordsyrien hingewiesen. Gerade angesichts der Annektion des Kantons Afrin vor über einem Jahr durch mit deutschen Panzern ausgerüsteten Truppen der Türkei scheint eine solche Unterstützung wichtiger denn je. Eine weitere dramatische Situation – darauf weist medico international in seinem März-Rundbrief hin – entwickelt sich durch tausende von Menschen, die sich aus der letzten Bastion des „IS“ in der Region befreien konnten und im Flüchtlingslager al Hol ankommen. Mit ersten Nothilfegeldern hat medico die Errichtung eines Krankenhauses im Flüchtlingslager gefördert. Dafür wird dringend um weitere Hilfe gebeten.

Im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft wurde nun sinnvoller Weise auch einem Kooperationsvorhaben mit der jordanischen Kleinstadt Gharb Irbid – die über 13 000 Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen hat - zugestimmt. Hier wird ein kommunaler Eigenbetrieb aufgebaut und entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen sollen durchgeführt werden.

Ganz aktuell hat Oberbürgermeister Dieter Reiter ein Spendenkonto eingerichtet für den Wiederaufbau der zerstörten Kirche „Notre Dame“ und die Absicht erklärt, die gespendete Summe aus städtischen Mitteln zu verdoppeln.

Wir bitten daher Herrn Oberbürgermeister um Klärung folgender Fragen:

1. Was steht einem Spendenaufruf „Humanitäre Hilfe für Kobane“ noch entgegen?
2. Könnte analog zur Kooperation mit der jordanischen Stadt Gharb Irbid auch eine Spende über medico-international für das Projekt „Ein Krankenhaus in Rojava“ und für das Krankenhaus im Flüchtlingslager al Hol transferiert werden?
3. Könnte analog zum Spendenaufruf „Notre Dame“ auch die hier eingegangenen Spenden aus städtischen Mitteln verdoppelt werden?

Grüne – rosa liste:

**Dominik Krause
Oswald Utz
Jutta Koller
Anja Berger
Angelika Pilz-Strasser**

DIE LINKE.:

**Cetin Oraner
Brigitte Wolf**

ÖDP:

Sonja Haider

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 08.05.2019

München ruft den Klimanotstand aus

Antrag

Die LH München ruft den Klimanotstand¹ aus. Der Stadtrat erkennt an, dass die LH München wächst, sich entwickelt und vielfältige Aufgaben hat. Um diese Entwicklung nachhaltig und klimafreundlich zu gestalten verabschiedet er folgende Resolution:

Die LH München

1. erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
2. erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
3. berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen. Es werden diejenigen Lösungen bevorzugt, die möglichst stark den Klima-, Umwelt- und Artenschutz berücksichtigen und den Klimawandel und dessen Folgen abschwächen. Hierzu sollen für sämtliche Beschlussvorlagen die besten Möglichkeiten für Klima-, Umwelt- und Artenschutz dargestellt und anhand der bestmöglichen Lösung bewertet werden.
4. fordert den Oberbürgermeister auf, dem Stadtrat und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten und daraus Konsequenzen ziehen.
5. fordert auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, dem Konstanzer und Münchner Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen. Insbesondere macht er Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Erst ein vollständiger Abbau weiterhin bestehender Subventionen für fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO₂-Bepreisung, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik und eine klimaschutzkonforme Förderung des sozialen Wohnungsbaus würden hier das dringend benötigte Fundament legen.

1
für die

Der Begriff „Klimanotstand“ ist symbolisch zu verstehen und soll keine juristische Grundlage Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.

6. fordert auch die städtischen Beteiligungsgesellschaften auf, das oben genannte Verfahren anzuwenden und sich verstärkt mit den Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen. Dem Stadtrat wird dazu vor Jahresende Bericht erstattet.

Zudem wird das Klimaziel der LH München an die Pariser Klimaziele angepasst. Das bedeutet eine weitgehende Klimaneutralität (0,3t/Person) vor dem Jahr 2035. Das derzeitige Integrierte Handlungsprogramm Klimaschutz (IHKM) orientiert sich an diesem Ziel und wird dementsprechend ergänzt.

Begründung:

Der Mensch hat einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die Erwärmung der Erde muss begrenzt werden, die Weltgemeinschaft hat in Paris 2015 dazu einen klaren Zielkorridor definiert. Dieser völkerrechtliche Vertrag muss nun auch auf der kommunalen Ebene umgesetzt werden, denn der „Klimanotstand ist bittere Realität“: Tod, Vertreibung und Hunger – Folgen des Klimawandels, wie der neue, mittlerweile 25. Klimabericht der UNO Ende März 2019 konstatiert.

Diese Realität ist den Menschen weltweit bewusst: Die Mehrheit der Menschen sieht den Klimawandel laut einer internationalen Studie 2018 als die größte Bedrohung für Sicherheit und globalen Wohlstand².

Das derzeitige Klimaziel der LH München und die Maßnahmen (u.a. im Integrierten Handlungsprogramm Klimaschutz) reichen bei Weitem nicht aus, um das Pariser Klimaschutzabkommen auf kommunaler Ebene umzusetzen. Dementsprechend müssen die Anstrengungen der Stadt beim Klimaschutz beschleunigt werden. Konstanz und andere Städte wie Basel und Vancouver machen es vor.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Katrin Habenschaden

Dr. Florian Roth

Dominik Krause

Oswald Utz

Sabine Nallinger

Paul Bickelbacher

Anja Berger

Angelika Pilz-Strasser

Anna Hanusch

Jutta Koller

Sabine Krieger

Thomas Niederbühl

Sebastian Weisenburger

Herbert Danner

DIE LINKE

Brigitte Wolf

Cetin Oraner

Mitglieder des Stadtrates

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 08.05.2019

Verdoppelung der Münchenezulage – Höhere Einkommensstufen gerecht anpassen!

Antrag

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, im Rahmen der beantragten Verdoppelung der Münchenezulage für untere und mittlere Einkommen auch eine entsprechende anteilige Zulage für höhere Einkommensgruppen zu berücksichtigen. Die Stadtverwaltung wird daher beauftragt, einen Vorschlag für einen fließenden Übergang zu erarbeiten, der auch nach der Verdoppelung der Münchenezulage einen angemessenen Lohnabstand zwischen den einzelnen Entgeltgruppen erkennen lässt.

Begründung:

Die Verdoppelung der Münchenezulage für ArbeitnehmerInnen der unteren und mittleren Vergütungsgruppen ist angesichts der stetig steigenden Lebenshaltungskosten in München ein lange überfälliger und richtiger Schritt im Sinne sozialer Gerechtigkeit. Es sind gerade die viel zu selten gehörten und gewürdigten Menschen in diesen Vergütungsgruppen, die unsere Stadtgesellschaft täglich durch ihren Einsatz zusammenhalten.

Doch kommt es schon jetzt vor, dass MitarbeiterInnen, die sich erfolgreich auf höhere Stellen bewerben, durch den dadurch bedingten Wegfall der Zulage nicht mehr verdienen als vorher. Durch die Verdopplung würde sich dieser Trend noch ins Negative verstärken – höhere Entgeltgruppen, vor allem im Sozial- und Erziehungsbereich, würden potenziell weniger verdienen als die unteren.

Eine Eingruppierung in höhere Einkommensstufen geht im Regelfall mit mehr Verantwortung und komplexeren Aufgabenstellungen einher. Die Bereitschaft, diese Verantwortung anzunehmen, sollte durch eine verhältnismäßige Anpassung der Gehälter entsprechend gewürdigt werden. Außerdem ist es angesichts der hohen Lebenshaltungskosten in München durchaus angebracht, auch ArbeitnehmerInnen, die mit ihrem Einkommen knapp über einer mittleren Einkommensgruppe liegen, von einer Erhöhung der Münchenezulage profitieren zu lassen.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grüne – rosa liste

Initiative:

Jutta Koller, Anja Berger, Oswald Utz, Sebastian Weisenburger, Katrin Habenschaden
Mitglieder des Stadtrates



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 07.05.2019

ANTRAG **Schulsozialarbeit für alle Pflegeschulen in München – jetzt!**

Die Landeshauptstadt München unterstützt, fördert und finanziert Schulsozialarbeit münchenweit an allen Pflegeschulen.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich über den Bayerischen Städtetag nachhaltig dafür einzusetzen, dass landesweit in Bayern in allen Pflegeschulen Schulsozialarbeit eingeführt und finanziert wird.

Begründung:

Aufgrund des Personalmangels sind immer mehr Pflegeeinrichtungen nicht mehr in der Lage neue Bewohner aufzunehmen und müssen einen Belegungsstopp verordnen.

Eine Analyse der Deutschen Presse-Agentur zeigt dementsprechend, dass in 60 Prozent der Einrichtungen Stellen unbesetzt sind, durchschnittlich 6 Stellen pro Einrichtung.

Das spricht für sich.

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die Anzahl der Schüler an den Berufsschulen für Altenpflege in München zunimmt.

Eine Entlastung der angespannten Personalsituation kann aber nur erreicht werden, wenn alle geeigneten Schüler ihre Ausbildung erfolgreich beenden und danach in den Pflegeeinrichtungen arbeiten. Daher ist es wichtig, die jungen Menschen, ein großer Teil mit Migrationshintergrund, auf ihrem Weg zu begleiten und bei den diversen Herausforderungen zu unterstützen. Auch die Umstellung auf eine generalistische Pflegeausbildung wird aufgrund der erhöhten Anforderungen den Druck auf die Auszubildenden weiter erhöhen.

Dabei sind trotz der Bemühungen des Bundes und der Bayerischen Landesregierung zur Pflege kleinteilige und nachhaltig Module notwendig, um Auszubildende in den Pflegeberufen zu gewinnen und auch halten zu können.

Bereits in 2015 wurde in der Pflegeausbildung Schulsozialarbeit (Antrag Eva Caim) an der Akademie der Städtischen München Klinik ein Modellversuch implementiert, der bis zum heutigen Tag erfolgreich fortgeführt wird. Auch die Krankenpflegeschule des kbo-Isar-Amper-Klinikums lässt sich in der Pflegenachwuchsausbildung durch Schulsozialarbeit unterstützen.

Im Beschluss vom Oktober 2018 wurde in einer gemeinsamen Sitzung des Gesundheits- und Umweltausschusses dargestellt, dass nach der Auswertung der Evaluation des Modellversuches bei

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Rathaus, Marienplatz 8 • Geschäftsstelle: Zimmer 116 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 20 798 • Fax: 089 / 233 – 20 770 • E-Mail: bayernpartei@muenchen.de

der Städtischen München Klinik die Implementierung der Schulsozialarbeit für alle Münchner Berufsfachschulen empfohlen wird.

Die Schulleitungen der Berufsfachschulen in München fordern nun mit Antrag vom 15.02.2019 die sozialpädagogische Unterstützung an Berufsfachschulen für Altenpflege in München. Unterstützt wird dieses wichtige Anliegen vom Regionalen Netzwerk für Soziale Arbeit in München.

Die Landeshauptstadt München finanziert derzeit die Schulsozialarbeit an der Akademie der Städtischen München Klinik im Rahmen einer freiwilligen Leistung, um in München den Nachwuchs in den Pflegeberufen zu sichern.

Jetzt ist eine weitere Vorleistung des Münchner Steuerzahlers vonnöten, um auch die Altenpflegeschulen mit Schulsozialarbeit zu unterstützen.

Bereits im Mai 2018 hat das Referat für Gesundheit und Umwelt und das Sozialreferat dem Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege vorgeschlagen, Schulsozialarbeit landesweit in allen Pflegeschulen in Bayern einzuführen und finanziell zu fördern.

Initiative:

Eva Caim

weitere Fraktionsmitglieder:

Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Richard Progl,
Mario Schmidbauer, Andre Wächterf

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Rathaus, Marienplatz 8 • Geschäftsstelle: Zimmer 116 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 20 798 • Fax: 089 / 233 – 20 770 • E-Mail: bayernpartei@muenchen.de



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

08.05.2019

Antrag
Digitalisierung der Anwohner-Parklizenzierung

Der Stadtrat möge beschließen:
Das Kreisverwaltungsreferat digitalisiert kurzfristig die Anwohner-Parklizenzierung.

Begründung:

Vor einiger Zeit wurde in München, lange nach anderen Großstädten, die Möglichkeit des Handy-Parkens für Kurzzeitparker, Besucher, eingeführt. Dieser eigentlich lobenswerte Schritt greift nicht weit genug. Weiterhin müssen Anwohner ihre grüne Parklizenz auf Karton sichtbar in das Autofenster legen. Immer wieder kommt es dabei zu unnötigen Strafzetteln, da Anwohner die Parklizenz vergessen oder aber weil die Mitarbeiter der KVÜ eine ordnungsgemäß ausgelegte Parklizenz übersehen. Ganz zu schweigen von der mangelnden Kontrollmöglichkeit bei Schneefall.

Handy-Parkscheine werden von der KVÜ digital abgerufen und überprüft. Wenn dies – offensichtlich - technisch funktioniert, ist nicht ersichtlich, warum nicht auch die Dauerlizenzen auf demselben Weg gespeichert und ebenfalls digital abgerufen werden sollen. Dies vermeidet Fehler und schont dazu die Umwelt, denn der Ausdruck von vielen Tausend Lizenzen pro Jahr könnte dadurch entfallen. Außerdem wäre eine digitalisierte Bearbeitung der Ausgabe der Lizenzen ohne Zeitverlust, der z.B. durch den Postversand der Kartonlizenz entsteht, möglich. Zudem ist die digitale Parklizenz fälschungssicherer als ein grüner Karton.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Prof. Dr. Jörg Hoffmann
Stadtrat

Gez.
Wolfgang Zeilhofer
Stadtrat

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Thomas Ranft
Stadtrat



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
08.05.2019

Muslimische Bestattungen auf Münchner Friedhöfen

Auf bayerischen Friedhöfen gilt nach wie vor die Sargpflicht. Sie wird zurecht u.a. von den Bestattungsunternehmen als Ausdruck einheimischer Bestattungstraditionen verteidigt. Nichtsdestotrotz steigt die Nachfrage nach muslimischen Bestattungen. Der Islam wiederum sieht keine Sargpflicht, sondern die Beerdigung nur in Leinentüchern vor. – Beim Bayerischen Bestatterverband weist man gleichwohl darauf hin, daß man muslimischen Bürgern und ihren Bestattungsbräuchen weit entgegengekommen sei: auf vielen Friedhöfen gibt es inzwischen nach Mekka ausgerichtete muslimische Grabstellen, außerdem Räume für die rituellen Waschungen. Auch wird versucht, die Bestattung für Muslime innerhalb von 24 Stunden zu organisieren. Für Muslime wurde darüber hinaus eine Gräber-Ruhefrist von 60 Jahren ermöglicht. (Hier wiedergegeben nach: <https://www.merkur.de/bayern/nachfrage-nach-muslimischen-bestattungen-in-bayern-unfrieden-um-letzte-ruhe-9439048.html>; zuletzt aufgerufen: 07.05.2019, 23.15 Uhr; KR). – Es stellen sich Fragen nach der Situation in der LHM.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Wie hat sich die Zahl der muslimischen Bestattungen auf Münchner Friedhöfen in den letzten zehn Jahren entwickelt?
2. Auf welchen Münchner Friedhöfen gibt es derzeit muslimische Grabstellen?

Karl Richter
Stadtrat